

# Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachm., außer Sonn- und Feiertag. Preis: 10 Pf. pro Jahr. Einzelhefte 1 Pf. 20 Pf. pro Quartal. Bestellungen an den Verlag Halle-Merseburg, Sichel u. Hammer, Postfach 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Verlagspreis: 3 Gollplennig 1. d. Millimeter 606 u. 607; 25 Gollplennig 1. d. Millimeter 1000 u. 1001. Manuskripte zu richten nach Halle, Postfach 14. Tel. 1008, 1047, 1003. Telegramm: Klassenkampf. Halle. Postkonto: Commerz- u. Privatbank Halle. Verlagskonto: Postk. 1008 48. Tele. Rech. Hall.

Einzelpreis 15 Pf.

Montag, den 21. Juli 1924

4. Jahrgang \* Nr. 117

## Freie Bahn für — Sanktionen! Sozialdemokratischer Augenjammer

Der gerupfte Friedensengel

(Eig. Drahtber.) London, 20. Juli.

Ueber die Sanktionen hat folgende Formulierung geäußert worden: In Falle einer deutschen Besetzung wird es von Wichtigkeit sein, die Art der anzunehmenden Sanktionen so zu organisieren, daß sie schnell und wirksam sind. Dabei werden die Finanzierungsregierungen im Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit gegenüber ihren eigenen Interessen und gegenüber den Interessen derjenigen Privatpersonen handeln, die zwecks Ausführung des Sachverständigenausschusses Kapital vorgelegt haben. Diese Verpflichtung läßt Frankreich Handlungsfreiheit. Frankreich kann auch in Zukunft für sich allein Sanktionen durchführen, nur daß es Spezialländer für den Finanz- und Tilgungsdienst der Anleihe bestreuen muß. Der Protokollentwurf behält den alliierten Mächten ausdrücklich sämtliche Rechte aus dem Versailler Vertrag, sowie aus dem Sachverständigenausschuss vor. Es verleiht, daß Stresemann als Vertreter der deutschen Regierung für Witkowski nach London berufen ist.

Es bestätigt sich also, daß der französische Sanktionsstandpunkt, gestützt durch die äußerst reglementarischen Amerikaner, in London durchgedrungen ist und die englische Bourgeoisie in dem Verfahren, nur ja nicht den Dames-Plan zu gefährden, einen beträchtlichen Rückschlag angetreten hat.

Insbesondere ist auch der amerikanische Staatssekretär Hughes in England eingetroffen, natürlich „durchaus privat und inoffiziell“, wie es in der Diplomatensprache so schön heißt. Es wird also aus Verbsträften hinter den Kulissen gehoben und man kann beinahe von einer amerikanischen Sanktionsoffensive reden. Es verdient auch festgehalten zu werden, daß durch die Billigung des Sanktionsprotokollens seitens der Amerikaner das amerikanisch-französische Zusammenwirken zum erstenmal auch offiziell bestätigt worden ist.

Im demokratischen Wählerwahl Deutschlands, in dem bisher nur Verhöhrungs- und Friedensschmeichelein geblieben und dem „linken“ Herriot feierliche Kaufopfer dargebracht wurden, herrscht verlegenes Schweigen. Soweit die Berliner demokratischen Blätter am Sonntag zur Sanktionsfrage Stellung nahmen, bemühen sie sich, die Londoner „Lösung“ als selbstverständlich hinzustellen. Die tollsten Sprünge macht dabei Georg Bernbard in der „Rösischen Zeitung“.

Es ist nicht so, daß in der gesamten Welt anerkannt Deutschlands Sanktionen für etwas Unerbärlisches gehalten werden. (Sanktionen sind eine ganz alte Institution des Völkerrechts.) Der Streit in London dreht sich vielmehr lediglich darum, ob eine einzelne Macht allein solche Sanktionen vornehmen darf.

Die Amerikaner haben sich um diesen politischen Streit nicht gekümmert (?). Sie haben einen Kurs (1) genommen, der mindestens interessant (!) genannt werden muß. Sie haben nämlich erklärt: nimmt eine einzelne Macht oder nehmen alle Alliierten Sanktionen vor, so gilt das ohne weiteres als Hebernahme der finanziellen Gesamtgarantie für die ins Ausland bezogenen Reparationsanleihen (natürlich einschließlich der etwa bezogenen deutschen Eisenbahn- und Industriebeteiligungen). Damit ist zwar nicht der theoretische Streit und Sanktionen beendet. Aber praktisch sind damit Sanktionen ganz unmöglich gemacht. Denn nun ruht die Gesamtantwort der deutschen Reparationsanleihen auf dem, der Sanktionen vornimmt.

Wenn Herr Bernbard meint, daß der „mindestens interessante“ Ausweg der Amerikaner praktisch der französischen Bourgeoisie die Sanktionswaffe aus der Hand schlägt, so beweist er damit, daß er die amerikanisch-französischen Finanzverbindungen nicht kennt oder sie aus bestimmten Gründen nicht kennen will. Die französische Bourgeoisie wird Sanktionen vornehmen, wenn die Amerikaner dies für ihre Europa-Politik zweckmäßig halten. Und die Garantie

für die Reparationsanleihen wird dann der französischen Regierung keine Kopfschmerzen machen.

Jämmerlich geradezu ist jetzt die Lage der Arbeiter in England und der SPD. Beide haben dem „linken“ Herriot und dem „Arbeiter“ MacDonald Verführerorden und überhaupt ihren Segen erteilt. Ja, das halbierte „Volkblattchen“ bekam es, wie wir am Samstag berichteten, sogar fertig, Herriot als abhängig von den sogenannten Sozialisten zu bezeichnen. Jetzt ist die Meute da. Die Proleten sehen handgreiflich nahe, was in London geflügelt wird. Die „Rote Fahne“ schreibt dazu folgende treffende Sätze:

Eine unbeschreibliche Augenjammer-Ermittlung geht durch die Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter, die bisher ihren „Vorwärts“ gläubig anbeteten. Sie kramlos kramen die kapitalistischen Vertreter in London um die Haut des deutschen westlichen Volkes. Zum Überfließ hat die deutschen Unternehmer dabei, dem Arbeiter den Sinn des Sachverständigenausschusses recht deutlich und handgreiflich klarzumachen. Die friedliebenden Vertreter der „sozialistischen Demokratie“ haben nun schon in London die einschmeichelnden Entschuldigungen getroffen, ohne daß ein Vertreter der SPD mit ihrem Verhalten ausgefallenem Ärgernisse ausgesprochen worden wäre. Jetzt bringt das Labourjournal, die von „Vorwärts“ schon so oft mit Entzünden stierere „Cris Nouvelle“ die Mitteilung, wie Herriot die Deutschen nur unter den gleichen Formalitäten wie Herriot in Versailles zulassen wollte. Und freudlos schreibt dazu der „Vorwärts“-Redakteur folgendes:

Da müßte ihm und seiner Partei mit aller Consequenz geltend werden, daß Deutschland einschließlich der Sozialdemokratie sich für eine solche „Entschuldigung“ bedankt, die ebenjau von Clemenceau ausgesprochen könnte. Wenn sich Herriot seine Ministerkrisen nur durch solche Konzessionen an den Sozialismus erkaufen kann, dann ist er wohl ein „Bourgeois“, der dem guten Namen, den er sich in den europäischen Demokratien erworben hat, völlig verliert.

Man vergleiche mit diesem vernünftigen Gehemmel überführter Betrüger einen Stagesubel und jene Robothenmann, mit denen der „Vorwärts“ die Anknüpfung Herriots befragt hat, mit jenen grenzenlosen Verrätern, die er daran geknüpft hat. Und nun, da von jedem einzelnen Arbeiter begriffen wird, welches neuzuerneute Diktat die Entschuldigungen über Deutschland verhängen wollen, jetzt schreit das laubere Zentralorgan der SPD ein daß es monatelang die deutschen Arbeiter schamlos belogen und betrogen hat.

Der „Vorwärts“ weiß also nichts anderes mehr, als nach dem Sturz Herriots zu schreien. Das ist ein neuer vollständiger Bankrott sozialdemokratischer „Aufsinnlichkeit“. Unsere Genossen müssen diese Tatsache überall mit der größten Energie ausprechen und den Verbreitern zeigen, wozu es führt, wenn man der imperialistischen Bourgeoisie Substanzentzug leistet. Am Ende kommt immer der Futurist und die laßige Dreyfuss.

Dieses Resultat hat keine besondere Bedeutung in diesen Wochen. Im Juli 1914 hatte die Führung der deutschen Sozialdemokratie bereits innerlich vor dem kommenden imperialistischen Krieg kapituliert. Heute ist es nicht besser; denn in der Zustimmung zum Sachverständigenplan, dessen innere Widersprüche und imperialistische Konfliktstoffe hier oft genug nachgemeldet worden sind, liegt die Zustimmung zu dem nächsten Schritt in der Vorbereitung der Sozialdemokratie und ihre Gemeindeführer haben unter einem Wahrgang von passifistischen Absichten diesen Zustand zu verbessern. Es wird ihnen nichts helfen.

Die Tatsachen liegen zu offen zutage und die Kommunisten werden diese Tatsache gerade jetzt, mit Hilfe des Sachverständigenplans und der Londoner Konferenz, den arbeitenden Massen in Stadt und Land vor Augen führen und ihnen sagen, daß die passifistischen Proleten nur die Kasse für die neuen Kaufhüge der imperialistischen Bourgeoisie sind und daß diese Kaufhüge nur verhindert werden können, wenn das Proletariat dem imperialistischen Krieg die proletarische Revolution entgegenstellt.

Wiederkehr des Krieges, die allerdings von den sozialdemokratischen Kundgebungen vor zehn Jahren sich wesentlich unterscheiden, zeigt doch mit aller Deutlichkeit den Weg, den die SPD, ganz ohne Ausnahme, die Sozialdemokratie eine ausgesprochene Bürgerpartei, die trotz der antiregimentären Reden der 2. Internationale in jedem Lande treu zu ihrer Bourgeoisie hält und den Sozialismus dadurch zu verwirklichen sucht, daß sie die Proletariat vor gegenwärtigen Schadeltschlägen treibt. Sozialdemokraten werden die Kundgebungen, damit sie nicht öffentlich an ihre Schande und Betrug gemacht werden. Am 3. August wird ein gemaltiger Schrei durch alle Länder, die am Kriege beteiligt waren, gehen, da wird das Proletariat aufstehen und drohend seine Fäuste gegen die kapitalistische Welt und die Zuträger des Kapitalismus, die Sozialdemokraten, erheben.

## Der Weltkrieg und die Gewerkschaften

Von N. Rosowski

Bald sind zehn Jahre um, seit die europäischen Völker in den wahnwitzigen Krieg geißt wurden. Die Welt ging aus diesem Kriege nicht in derselben Gestalt hervor, in der sie ihn begonnen hatte. Viele Millionen von Leuten, ebensolche Invaliden, unschätzbare materielle Verluste, Zerrüttung des gesamten Wirtschaftsorganismus und Unterjochung Europas durch den machtvollen amerikanischen Kapitalismus — das sind die Ergebnisse des „Reinigungskrieges“. Zugleich mit dem Krieg endete auch die Periode der Hegemonie des europäischen Kapitalismus in der ganzen Welt. Der Schwerpunkt wurde auf die Vereinigten Staaten verlegt. Gegenwärtig beherrscht der Dollar die Welt.

Der Krieg endete mit dem Versailler Vertrag, vorläufig fällt es schwer, zu sagen, was die Menschheit mehr zugrunde gerichtet hat: der vierjährige Krieg, oder der sechsjährige „Todes“. Ganz Europa ist bis in seine Grundfesten erschüttert. „Enttaufnung des preußischen Militarismus“, „Selbstbestimmung der Völker“, „Kampf für Recht und Zivilisation“ — das alles war auf den Banner der europäischen Demokratie zu lesen. Diese ganze demokratische Hoffe endete mit einem derartig grauenhaften, derartig schamlosen, derartig räuberischen und ungeheuerlichen Frieden, wie ihn die Menschheit nie erlebt hat. Bis jetzt windet sich Europa in Krämpfen und kann den Ausweg aus der durch den Krieg und den Versailler Vertrag geschaffenen Sackgasse nicht finden. Die Schwierigkeiten sind damit zu erklären, daß der europäische Krieg im Grunde genommen ein Völkerring war. Im Laufe mehrerer Jahre führten Hunderte von Millionen Wesen ein fieberhaftes Dasein. Alles war auf eine Karte gesetzt. Die ganze Welt lebte in fieberhaft gespanntem Zustande und erwartete das Ende der grauenvollen Schlichterei.

Dieser Krieg hätte nicht einmal mehrere Monate dauern können, wenn er nicht von einer ganz unerwarteten Seite unterstützt worden wäre — von der Seite der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaftsbünde. Es ist schwer, zu sagen, wer — die Führer der sozialdemokratischen Parteien oder die Gewerkschaftsführer — bei diesem Krieg am meisten die Hand im Spiel hatte. Es fällt schwer, die Wahl zu treffen zwischen dem Verhalten der sozialistischen Führer und demjenigen der Gewerkschaftsführer. Man könnte sagen — beide hätten am niederträchtigsten gehandelt. Wäre es denn der kapitalistischen Gesellschaft möglich gewesen, ohne den Beistand der Gewerkschaftsorganisationen viele Millionen Menschen in diese Schlichterei hineinzuziehen? Wäre es denn möglich gewesen, im Laufe mehrerer Jahre Millionen Menschenleben zu vernichten, wenn nicht nur der Staat, die Kirche, die Presse, sondern auch die Arbeiterorganisationen ihre Hand zu diesem „einen“ Werke geliehen hätten? Keinesfalls. Die Eigentümlichkeit des letzten Weltkrieges besteht darin, daß die Gewerkschaftsbünde die Rolle von Kanonenfutter-Kleberanten übernahmen.

Sie benutzten ihren Apparat, die durch Jahrzehnte herausgebildete Klassendisziplin, kurz alles, bis zu den Zunft- und Korporationsvorurteilen, dazu, um die Massen in die Schlichterei hineinzuziehen. Die Gewerkschaften spielten nicht nur die Rolle von Werbemännern und Kanonenfutterlieferanten. Ihre Rolle — und dies ist das schlimmste — bestand darin, der gegenwärtigen Völkerrüstung eine ideale und moralische Grundlage zu verleihen.

Der Krieg war kaum erklärt worden, als diese Herren Jouhaux, Legien, Seipart, Geysson, Bendaion, Hueber und andere große und kleine Gewerkschaftsbureaufreuten gleich ihr Vaterland entbeden. Die Gewerkschaftler der Entente-Länder verteidigten die Demokratie gegen das Barbarentum. Die Parteien der Zentralstaaten retteten die sozialen Errungenschaften vor den russischen Kosaken. Sie alle retteten angeblich die Errungenschaften der Arbeiter, kämpften jedoch in Wahrheit für die Hegemonie der Bourgeoisie ihres Heimatlandes.

Wenn man die Geschichte des vierjährigen Krieges betrachtet und all das, was die Gewerkschaftsbureaufreuten während dieser Periode unternahmen, die Gehirne der Arbeitermassen zu verwirren, wenn man daran denkt, daß diese Massenmordorganismen, diese Initiatoren des internationalen Schlichtes noch bis jetzt im Namen der Arbeiter aufzutreten, daß es Millionen von Proletariats gibt, die den Reformen hinterdreinsehen, wenn man all diesen gebekt — dann beginnt man, sich zu fragen:

„Ist es denn noch nicht genug, wird sich die Arbeiterklasse denn niemals von diesen Herrschaften befreien, und wieviel Dugend Millionen Menschen müssen noch toteschlagen werden, ehe den Ueberlebenden ein Licht aufgeht?“ Aber solch ein pessimismus wäre ungerichtet. Man muß die Ursachen des Einflusses des Reformismus unter den Arbeitern begreifen und, wenn man diese Ursachen begriffen hat, für ihre Unterjochung weiterkämpfen. Wodurch wurden die Gewerkschaften zu Stützen des vierjährigen Krieges? Wodurch ist es zu erklären, daß die englischen Arbeiter sich mit

## Verbot der Kundgebungen zum 3. August in Hamburg

(Eig. Drahtber.) Hamburg, 21. Juli.

Sämtliche geplanten Veranstaltungen und Kundgebungen der Kommunisten anlässlich der zehnjährigen Wiederkehr des Krieges, ausserhalb des Hamburger Gebietes verboten werden.

Vorher war für die preussischen Städtegebiete Altona und Wandsbek bereits das gleiche Verbot von sozialdemokratischen Regierungsstellen ausgesprochen.

Das Verbot der Kundgebungen der Kommunisten zur zehnjährigen

# Alle Annahmeanträge abgelehnt

## Kein Geld für die ärmsten der Armen — Geld für Leno, militärische Übungen und Polizei

Am Sonnabend trat der Reichsausschuss in der speziellen Beratung der vorliegenden Annahmeanträge ein. Der Beratung und Abstimmung wurde zugunsten der ausführenden

kommunistische Annahmeanträge, der in zahlreichen Einzelbestimmungen die Annahmeanträge für alle politischen Verurteilungen seit 1919 vorzuziehen.

Die bürgerlichen Parteien lehnten in handschlagender Beratung, in der die Genossen K. H. Söder, S. Klein und Kreuzberg wiederholt auf die ungeschweizerischen Urteile und die Notwendigkeit einer Annahmeerklärung hinwies, alle Anträge ab. Nicht einmal die sogenannten Väterparlamentarier aus der Münchener Zeit wurden angesetzt, denn deren Annahmeerklärung wurde mit 13 gegen 12 Stimmen abgelehnt, wobei sich die 12 Stimmen zusammensetzten aus 4 Kommunisten, 6 Sozialdemokraten und 2 Demokraten. Diese Abstimmung war aber auch die einzige, in der sich eine bürgerliche Partei auch nur für eine Teilannahmeerklärung aussprach.

Der Völksparteiler K. H. erklärte, daß seine Partei wohl für eine Prüfung der Urteile gegen die Väterparlamentarier, nicht aber für eine allgemeine Annahmeerklärung. Durch diese Haltung kam die Ablehnung der Annahmeerklärung der 1919 in München Verurteilten zustande. Alle übrigen Anträge der Kommunisten, die sich bezogen auf die Annahmeerklärung der an der Wehr der Kapp-Putsch, an der Märzaktion 1921, der an Anrufen und Räumten im Herbst 1923 und der durch die Teuerung, Hungernot, Inflation, Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren verurteilten Proletariat, der wegen Teilnahme an der verbotenen kommunistischen Partei, an verbotenen Kontraktabschlüssen, Hundertprozentigen, Arbeiterlagungen verurteilten Arbeiter, schließlich auch der von Willstätter, Kriegs- und Sondergerichten verurteilten Personen wurden abgelehnt.

Selbst das Zentrum stimmte alle unsere Anträge wieder, obwohl andere Redner immer wieder und wieder auf die ungeschweizerischen und schäblichen Verurteilungen hinwies. Von besonderem Interesse ist es, daß das Zentrum ebenfalls stimmte gegen die Annahmeerklärung der noch vom Kapp-Putsch her verurteilten Proletariat, obwohl an diesen Verurteilungen hunderttausende Arbeiter beteiligt waren. Ebenfalls stimmte das Zentrum gegen die Annahmeerklärung der wegen Teuerungsunruhen anlässlich des Inflationskampfes zu Hunderten verurteilten Frauen und Männer. Ein Annahmeerklärung der Willstätter, der nur die Annahmeerklärung der deutschpolitischen Führer vor sich, wurde gleichfalls abgelehnt.

Da am Schluß die bürgerlichen Parteien aus formalen Gründen sich auch gegen die Bildung eines Reichsausschusses auszusprechen, der wenigstens im Einzelnen noch hätte prüfen und Urteile aufheben können, ist aus den ganzen Beratungen nichts, aber auch gar nichts herausgekommen. Zentrum, Deutsche Volkspartei, Deutschnationalen, Deutschpolitische, ebenfalls auch die Demokraten, stimmten in brutaler Einigkeit auf alles unheimlich zornig nieder.

Der Haushaltsauschuss des Reichstages beschäftigte sich am Sonnabend mit der Bewilligung der Mittel, die notwendig sind auf Grund der Beschlässe des Sozialpolitischen Ausschusses, der bekanntlich einige Renten um ein paar Dingerpennie erhöht hat. Es war das alte Bild: Die Vertreter des parlamentarischen Staates, allen voran der Vorkämpfer der Schwerindustrie, Finanzminister Dr. Luther, stimmte bei der Debatte über die herbeizureichende Töne über die Notlage der deutschen Wirtschaft und der Schwerindustrie insbesondere an. Trotz neuer Steuern, erklärte der Finanzminister, sei es nicht möglich, die Vorläge des Sozialpolitischen Ausschusses, die notwendig seien, annehmen zu lassen. Der Finanzminister verlangte, daß bestmögliche Kompensationen bei den Erwerbslosen, fast die Sozialpolitische Tagesbeschlüsse hat, um 100 Prozent nur um 40 Prozent erhöht werden dürfen. D. h. also, statt der Erhöhung von 22 Pf. für eine Frau pro Tag auf 44 Pf. und hat eine Erhöhung von 17 Pf. pro Kind und Tag auf 34 Pf. soll der Frau eines Erwerbslosen etwa 8 Pf. und einem

Kind 6 Pf. für den Tag Erhöhung gezahlt werden. Wofür sich die Gläubigen dann gerade eine Summe laien könnten. Ferner verlangt der Reichsfinanzminister aus finanziellen Gründen die Streichung des Antrages des Kriegsschädigten-Ausschusses, wonach den abgeänderten Kriegserntempfangern mit einer Minderung der Arbeitsfähigkeit um 80 vom Hundert, wenn die Abschreibungssumme in der Zeit vom 15. Juli bis 31. August 1923 ausbezahlt worden ist, 30 Mark, bei Auszahlung im September 1923 40 Mark und bei späterer Auszahlung oder wenn keine Auszahlung erfolgt ist, 50 Mark gezahlt werden sollten. Selbst wenn die Mittel beschafft werden könnten, so erklärt der Minister, könnte man sie nicht für diese sozialpolitischen Zwecke verwenden, weil noch andere dringlichere Angelegenheiten zu berücksichtigen seien.

Was unter diesen dringenden Angelegenheiten gemeint ist, das wurde dann von dem Vertreter der kommunistischen Partei in aller Schärfe entlarvt. Man hat wohl Gelder übrig für die Streikverhinderung der Technischen Institute, man läßt zurecht militärische Übungen veranstalten, die immense Geldsummen verschlingen, und man hat immer Gelder übrig für die Polizeipolizei vom Schlag Haarmanns. Man läßt die Erben des gewaltigen Inflationswunders Millionen ungeschoren, aber man bestift die Unverschämtheit, halbberuhtenen Frauen und Kindern der Erwerbslosen ganze 30 und 23 Pfennige am Tage anzubieten.

Ebenfalls lehnte der Finanzminister die Erhöhung der Renten der Veteranen von 1870 von 8 Mark auf 15 Mark monatlich ab. Wieder muß betont werden, daß sich die Vertreter des Zentrum und den Ausführungen des Finanzministers besonders gefällig zeigen. Selbst die Bewilligung der lächerlich geringen Summen vom Sozialpolitischen Ausschuss, denen sie im Sozialpolitischen Ausschuss noch zustimmten, ließen sie nunmehr im Haushaltsauschuss gleich fallen und trafen in bedauerlichen Ausdrücken vor diesem Finanzminister der Schwerindustrie zu Kreuze.

Bei der Abstimmung um die kritischen Punkte gab es eine kleine Uebererschaltung. Der Antrag des Kriegsschädigten-Ausschusses auf Gewährung der oben gekennzeichneten Verbindungen wurde mit knapper Mehrheit, 12 gegen 10 Stimmen, angenommen. Ebenso wurde mit ganz geringer Mehrheit angenommen die Erhöhung der Renten der Veteranen von 8 auf 15 Mark monatlich. Der Finanzminister tat nach Annahme dieser Anträge so, als sei damit der Vorwurf des Reiches beseitigt. Er redete von der nahen Inflation und es fehlte nur noch, daß er sofort seine Demission eingereicht hätte. Aber das zu tun hätte er sich wohlweislich.

Ueber die Bewilligung der Summe für die Familienzuschüsse der Erwerbslosen soll heute unter dem Gesichtspunkt der Möglichkeit der Deduktion verhandelt werden.

Die Vertreter der Bourgeoisie haben damit bekundet, daß sie die vielen Tausende von eingekerkerten Proletariats rüchliches in Gefangenhaft halten wollen. Das ist eine freche Provokation der gesamten arbeitenden Bevölkerung, die ihr Lechtes für die proletarischen Gefangenen gibt und ihre Freisetzung will. Die deutsche Arbeiterchaft wird durch die Entscheidung des Reichsausschusses gemahnt, mit vereinigter Energie um die Befreiung ihrer proletarischen Brüder zu kämpfen. Denn nur unter einem unwiderstehlichen Massendruck könnte noch dem Reichstag eine Annahme abgezwungen werden, denn die entmenschte kurzgeirte kapitalistische Klasse pariert nur auf die Argumente der Macht. Darum heraus, protestiert und fordert überall!

Die SPD, muß gezwungen werden, Farbe zu bekennen. Sie wird sich entscheiden müssen, ob die Verweigerung der Annahme für 7000 Proletarier ein gerechtes der Grund ist, dieser Kerkermeister-Regierung Marx-Jarres das Vertrauen zu entziehen. Aber auch die christlichen Arbeiter müssen ihre heuchlerischen Führer für ihre unmenslich grausame Haltung zur Rechenschaft ziehen. Sie mögen bedenken, daß viele christliche Arbeiter vom Kapp-Putsch her im Kerker sitzen. Überall in Deutschland muß sich verklärt der Ruf erheben: Heraus mit den politischen Gefangenen!

## Schrecksurteil im Königsberger Kommunistenprozess

### Wißel und Metallarbeiter-Brandes schiden Arbeiter ins Zuchthaus

(Gtg. Draht.) Königsberg, 20. Juli. In dem Königsberger Prozeß vor dem Staatsgerichtshof wurden folgende Urteile gefällt:

Es wurden verurteilt gegen Deibendahl 7 Jahre Zuchthaus, gegen Kähler 6 Jahre Zuchthaus, Seibold 5 Jahre Zuchthaus, Baumann 4 Jahre Gefängnis, Raubich 2 Jahre 6 Monate Gefängnis, Warwel 2 Jahre Gefängnis, Lorenz, Hoffmann, Medler, Samburg und Politz je 1 Jahr 6 Monate Gefängnis.

Drei Tage lang hat dieser Prozeß gegen unsere Parteimitglieder gedauert, dem folgender Inhalt zugrunde lag. Am 1. Juli, als in Bayern Sittler und Sudendorff an ihrem Amt niedertraten, gründeten auch in Königsberg die Kommunisten eigene Kartellvereine. Zahlreiche Waffen fanden ihnen zur Verfügung. Auch der

Gauleiter von Jahresheit auf Schloß Pommern hatte in einem alten Turm 500 Gewehre beschaffen gelassen und wollte sie den Parteien zur Verfügung stellen.

Am diesen ihre Schloßkarte zu nehmen, entschlossen sich die

Arbeiter die gegen sie bestimmten Waffen zu beschlagnahmen und zu zerstören. Die Arbeiter hatten also einen Teil der Waffen aus dem Turm.

Das ist das Verbrechen, das unseren Genossen zur Last gelegt wurde. Darum wurde jenes oben gemeldete Terrorurteil gefällt. Ein anderes war von dem Reichsgerichtshof — Genarrpräsident Riedner — nicht erachtet. Er ist derjenige der, wie wir am Freitag meldeten, die Sowjetregierung unermüht beschuldigte, indem er den angeklagten Jugendgenossen Warwel, der die Schändlichkeit einer von der kommunistischen Jugend Bunds der deutschen K. J. geliebten Gasse mitteilte, antrieb: „Sind Sie denn so stolz auf sich einen russischen Knecht?“ Diese provokatorische Frage zeigte wiederum aus den bürgerlichen Anklagern, dessen ganzer Lebenszweck in der Entfremdung revolutionärer Arbeiter besteht.

Aber auch die Willst. sozialdemokratischer Reichsminister a. D. und Brandes, der frühere KPD-Mann vom Metallarbeiterverband aus Stuttgart, als Vertreter des Staatsgerichtshofes dieses Schandurteil mitschuldig, ist so fürchterlich, daß diese Tatsache den letzten Arbeiter aus der SPD jagen muß. Es ist das letzte Glied in der antikomunistischen Tätigkeit der Sozialdemokraten: Niederschlagung der Arbeiterchaft durch Roste und Söfing, der Niederschlagung der schicksalshüthenden Arbeiterorganisationen mit Zustimmung R. Schmidt's, Adrads und Seifmann's, das Verbot der KPD durch Ober und jetzt die Verurteilung von Millionen bewußten Arbeitern durch Willst. und Brandes — wahrlich, die Bourgeoisie kann stolz auf ihre Sozialdemokraten sein, von denen die Arbeiterchaft sich heute voller Ekel abwendet.

John Jahre sind vergangen. Die Welt ist nicht mehr die gleiche, die sie zu Anfang des Weltkrieges war. Und die Arbeiterklasse ist längst nicht mehr dieselbe, die sie im Juli 1914 war. Die Jahre des Krieges und des auf den Krieg folgenden Zerfalls des Kapitalismus haben unter dem Namen nicht nur gegen den Kapitalismus, sondern auch gegen dessen Agenten einen tiefgehenden Haß erweckt. Während dieser Zeit ist die kommunistische Internationale herangewachsen und zur Kraft gemacht worden, die internationale Organisation der proletarischen Kampforganisationen ist herangewachsen und groß geworden.

Immer neue und neue Scharen Strömen bilden heiden revolutionären Zentren zu. Der Kapitalismus kämpft verweifelt um Dasein, und mit noch größerer Verweiflung verteidigt der Reformismus seine Stellung. Aber er wird sich nicht auf ihnen halten können. Er wird und muß aus seinen Schanzgräben vertrieben werden. In diesem sechsten Jahrzehnte des

Krieges schiedern Millionen und aber Millionen Proletarier der bürgerlichen Welt ihren Haß ins Licht. Sie gebenden der vielen Millionen Leiden und ehenwärtiger Millionen Krämpfe.

Und wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder am sechsten Jahrestage die Jahre des Abdruckes verfluchen werden, dann werden sie jener gedenken, die dieser Schicksalstest der politischen Grundlängen gegeben haben. Sie werden der Reformisten und Gewerkschaftsbureauren gedenken, die Zwist und Zerlegung in die internationale Arbeiterbewegung gebracht haben. Sie werden der „Dienste“ gedenken, die jene den wertvollen Massen aller Länder erwiesen haben, und während sie all dessen gedenken, werden sie auf ihre Banner neben die Losungen: „Nieder mit dem Kapitalismus“, „Nieder mit der falschen Reaktion“ — schreiben: „Nieder mit dem internationalen Reformismus“, „Nieder mit den Sozialpatrioten“, „Fort mit den Verwärttern der Arbeiterklasse aus den Arbeiterorganisationen!“

loscher Mut auf die deutschen Führer und diese wiederum wie zerkend die Franzosen ausstuzten? Diese Erscheinung kann nicht allein durch itatischen Zugang, durch den Kriegszustand erklärt werden. Nein, die Ursachen liegen viel tiefer. Der Kapitalismus unterwirft sich in seiner Blütezeit die wertvollsten Massen auch in ideologischer Hinsicht. Solange der Kapitalismus sich in aufsteigender Richtung bewegt, ist seine Entwicklung in gewisser Weise für die Arbeiterklasse vorteilhaft. Und je mächtiger er wird, je mehr seine Einflusssphäre sich ausdehnt, desto mehr Zugeländnisse kann er seinen Arbeitern machen, um mit ihrer Hilfe die Kolonialländer und die schwachen Völker auszubeuten.

Der Weltkrieg bedeutete den Kampf um die Hegemonie der Finanzen und der Industrie. In dem die Arbeiter Englands, Frankreichs und Deutschlands ihr Vaterland verteidigten, verteidigten sie nicht nur die Stellung, die ihr Land auf dem Weltmarkt einnahm, sondern sie waren, wenn auch unbewußt, bestrebt, diese Grenzen zu erweitern. Der Kapitalismus hat mit seinem ganzen System ideell-politischer Institutionen (Schule, Kirche, Presse und dergleichen) dauernde Wirkung auf die Massen ausgeübt, in ihnen Vaterlandsliebe, Nationalstolz, Wettbewerb mit den anderen Völkern um, großgezogen. All dies mußte von den ersten Tagen des Krieges an seine Wirkung ausüben. Die Klassenorganisationen und die ausserhalb unabhängigen Organisationen erwiesen sich als organischer Teil des bürgerlichen Staates. Erst der Krieg hat den wunden Punkt in der Arbeiterbewegung bloßgelegt.

Wir hatten bereits vor dem Kriege die Gefahr des Reformismus bemerkt, aber niemand setzte voraus, daß der Reformismus die Arbeiterklasse einer derartigen Erniedrigung zuführen könne. Es begann mit der Vaterlandverteidigung, wobei die Gewerkschaftsbureauren wiederholt betonten, daß sie ihre Klassenpositionen beibehalten. Aber das waren leere Worte. Die Taten bestanden darin, daß die Arbeiterorganisationen von Anfang des Krieges zu einem Teil des bürgerlich-haushaltlichen Mechanismus wurden und die Gewerkschaftsführer bestimmte Funktionen bei der Mobilisierung der Massen für Kriegszwecke ausübten. Die Gewerkschaft der vier Kriegsjahre ist die Gewerkschaft einer unbilden und ununterbrochen moralisch-politischen Erniedrigung der Gewerkschaften. Nachdem sie sich zuerst auf den Boden der Vaterlandverteidigung gestellt hatten, waren sie notwendigerweise gezwungen, den Arbeitern gegenüber politische Funktionen zu übernehmen. Sie gaben die Ergruppungsfunktionen, die langjährigen Ergruppungsfunktionen der Arbeiterklasse auf. Sie erlitten jeglichen Widerspruch unter den Massen, im Bunde mit der Polizei und der Gendarmarie rotteten sie jeden freien Gedanken und jedes kritische Verhalten zum Kriege aus. Sie kannten nur eine einzige Lösung: „Krieg bis ans Ende, um jeden Preis“. Untere große Lösung: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch“ — erzogen sie durch die Lösung:

„Proletarier aller Länder, schneidet einander die Kehlen ab“.

So brachten Verderbnis, Ungehörigkeit in die Arbeiterbewegung, und dies alles im Namen ihres herrlichen Vaterlandes, das heißt im Namen der großen Töchter der Bankiers und der Industriellen. Jeder Führer der Gewerkschaftsbewegung erachtete es für eine Ehre, den hochgeleiteten Männern behilflich zu sein, und das bauerte durch die ganzen vier Jahre eines an Umfang und Opfern noch nie dagewesenen Krieges.

Die unter den Arbeitern lebendige nationale Beschränktheit liegt dem Bewußtsein dieser Herrschaften bis zum Paroxysmus. Diese Leute predigten den Nationalismus und Imperialismus, indem sie die Bewußtsein der Massen entstellten und die Grundlagen der internationalen Solidarität der Wertigen untergraben. Die logische Folgerung dieser ihrer Stellung war, daß sie die Internationale zerstören mußten. Im Jahre 1916 wurden Versuche gemacht, aus den Gewerkschaften der Ententeländer eine Internationale zu bilden. Sie erfüllten die Gewerkschaftsbureauren aller Länder ihre patriotische Pflicht. Sie bewiesen, daß die Arbeiterorganisationen nicht den bürgerlichen Staat vermachsen, sich seinen Interessen unterordnen, für ihn und seine Interessen leben können.

Der Krieg endete, und die Todbeide von gefern begannen von einer Wiederherstellung der Internationale zu reden, aber was für eine Internationale konnten diebenden schaffen, deren Augen durch einen kurzigen Nebel waren? Was für eine Internationale konnten die Patrioten ihres Vaterlandes, die Nationalisten bis ins Mark, für die die Interessen der Bourgeoisie über den Interessen der Arbeiterklasse standen, aufbauen? Diese Leute konnten nur der Form nach, aber nicht dem Inhalt nach eine Internationale aufbauen. Sie konnten sämtliche nationalen Organisationen sammeln, diese Summe nationaler Beschränktheiten „Internationale“ taufen und sie mit diesem gefälschten Paß auf die internationale Politik loslassen.

Und sie haben das getan. Die erstellten, ausgelegenen bezogenen Massen ledigen nach der Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen. Sie zu wagen die nationalidigeführten Führer, das zerstörte internationale Gewebe wiederherzustellen, und hier Führer reichten den Waffen statt Brot einen Stein, fast eine Kampfschlange, gegen den Kapitalismus kämpfenden Internationale gaben sie ihnen ein trautes Aushängnis des Väterbundes unter dem Namen „Internationale Gewerkschaftsöderation“. So entstand die Entente der Internationalen. Es ist diese Internationale, an deren Spitze die Sozialpatrioten aller Länder in höchstem Grade gewandern Vate gefanden haben. Und wir haben diese Internationale bei der Arbeit gesehen. Sie begann ihre Arbeit mit dem widerprüfenden Anstich auf den bürgerlichen Staat und der Beteiligung an der Ausbeutung des Proletariats, mit dessen Unterstützung, indem sie die Verantwortlichkeit für die Weltkriege auf das deutsche Proletariat wälzte und die Schuld der Bourgeoisie der Ententeänder verschieg.

Und jedesmal, wenn es in Europa nach Fulber zu rücken begann, zerfiel diese sogenannte Internationale in ihre nationalen Bestandteile. Aber sobald die reale Kriegesfahr vorüber war, begannen die Herren Anführer wieder zu schreien, daß sie gegen den Krieg kämpfen. Wer kennt sie nicht, diese feurigen Reden? Haben sie nicht den internationalen Friedensnobelpreis im Saap veranfaßt? Haben sie nicht den Beschluß gefaßt, im Kriegsfall einen Streik zu veranlassen, haben sie nicht die Einheitsfront mit den bürgerlichen Sozialisten geschlossen? Haben sie nicht den dritten Sonntag im September 1924 zum Tag der Konstantin bestimmt? Haben sie nicht erst vor einigen Tagen erklärt, daß sie gegen den Krieg sind? Kann denn ein Streik gegen den Krieg, bei diese Herrschaften wirklich gegen den Krieg kämpfen werden? Wer diesen Gaunern aufs Wort lauscht, ist ein Dummkopf. Diese Leute erheben im Frieden sehr lautes Geschrei gegen den Krieg, aber wenn der Krieg beginnt, dann schreien sie noch lauter, daß man ihn zu Ende führen müsse.

## Sozialdemokratie und Sachverständigenrat

Der Sozialdemokrat Professor Hirsch erklärte in einem Referat über die Bedeutung des Dames-Gutachten für die Verbraucher, von der Annahme des Gutachten sei zweifellos eine Befreiung der Wirtschaft zu erwarten. Weniger aus der Aufhebung der Wirtschaftskontrolle, die schon teilweise vorgelegene Vorliebe, sondern aus dem Wegfall der Beschränkungen unter Wirtschaft. Herr Hirsch unterliegt die Tatsache, daß die Bindung der Wirtschaft, die bisher nur im Rhein-Ruhrgebiet vorhanden war, nun auf das übrige Deutschland ausgedehnt wird. Ausdrücklich werden im Sachverständigenrat die Entente-Kontrollkommissionen, die die Wirtschaft leiten sollen, in den Vordergrund gehoben. Herr Hirsch muß selber zugeben, daß die deutsche Wirtschaft unter einer Mitbeeinflussung außerdeutscher Interessen kommt. Wie er diesen Satz mit seinen ersten Äußerungen vereinbaren kann, ist nicht klar. Nach Hirsch kann die deutsche Wirtschaft nur gelandet durch den Wegfall der Wirtschaftskontrolle, Industrie und Landwirtschaft durch Steigerung der Kapitalbindung. Der Sozialdemokrat Hirsch setzt sich hier als direkter Agent der Montanindustrie, die die kleine und Mittelindustrie befehlen will. Von der Bekämpfung der nationalökonomischen Kontrolle durch die Sozialisierung und die proletarische Kontrolle der Produktion spricht er selbstverständlich nicht. Er tritt mit aller Energie dafür ein, daß der Konzentrationssproß durch die Sozialdemokratie bewußt nicht unterdrückt werden soll. In einer Resolution, die nach seinem Referat angenommen wurde, heißt es:

„Die durch die Annahme des Gutachten geschaffene vorläufige Befreiung Deutschlands schließt für die proletarische Organisation diejenige Bewegungsfreiheit, deren sie dringend bedarf, um den Konzentrationssproß die eigene Bourgeoisie mit Kraft und Konsequenz aufnehmen zu können.“

Das Sachverständigenrat, das für die Proleten Massenarbeitslosigkeit, Hunger und Zwangsmaßnahmen bringt, soll einer proletarischen Organisation Bewegungsfreiheit verschaffen. Weiter kann man die Tatsachen nicht verkennen. Oder meint Herr Hirsch, daß nach Annahme des Sachverständigenratens das Entente-Kapital zur Unterdrückung der deutschen Revolution seine Truppen und seine Vorkriegsbesatzung (siehe Saargebiet) einsetzen wird, um, wenn auch nicht dem Proletariat im Kampf gegen die Bourgeoisie, so doch der Sozialdemokratie im Kampf gegen die kommunistischen Bewegungsfreiheit verschaffen wird?

In einem kleinen Kommentar zum Dames-Gutachten, der von Wiffel und dem Bauerschüler Heinig verfaßt ist, wird ebenfalls der Weiblich der Verfasser des Sachverständigenratens geprüfeln:

„Das Dames-Gutachten ist die Aufhebung und Durchführung des Diktats von Versailles zugiekt!“

Wenn das Diktat kein soll, so ist das entscheidend eher jehstliche Spitzfindigkeit als Marxismus. Herr Heinig hat aber zum Teil recht, das Diktat von Versailles wird durchgeführt werden und zum Teil aufgehoben, das heißt, verändert werden. Aber das ist ja selbst ausgedehnt, daß das Dames-Gutachten eine lebendige Revolution der Bestimmungen des Verfalls Vertrags darstellt. Die Sachverständigenratens hat die volle politische Aufgabe gehabt, die Frage der deutschen Wiedervereinigung zu politisieren. Dabei werden in dem Kommentar die Bestimmungen über die Sicherungs-Garantien über die Kontrolle durch die Entente-Kommissionen und die militärischen Sanktionen unterschlagen. Das Schreiben Dames, das Strafen über die „Grundzüge der Gerechtigkeit, der Willigkeit und des gemeinsamen Interesses von Deutschland und seinen Gläubigern“ enthält, wird als Vorbild des „amerikanischen Ethos in Verbindung mit höherem Geschäftssinn“ gepriesen. Wiffel erzählt wieder die alten Märchen, daß man jetzt nach Annahme des Sachverständigenratens zu einem wirtschaftlichen Frieden in Europa, zur Wiederherstellung von Deutschlands Wirtschaftseinheit und Souveränität kommen werde. Auch hier wieder wird vergessen, daß durch Annahme des Sachverständigenratens die deutsche Regierung nur Waffensiegung der Entente imperialistischen ist, die kein Recht hat, eigene Kantone herauszugeben, die alle ihre Geheile und Verordnungen erst der Entente zur gefälligen Genehmigung vorlegen muß. Die Bestimmungen des Sachverständigenratens, daß Deutschland in erster Linie für die Reparationszahlungen zu sorgen hat, wird folgendermaßen kommentiert:

„Kann denn ein Land, das einen Krieg verloren hat, sich darüber beschweren, daß man es nicht in sein Erbe stellen will, aus seinen Hülsen herauszuholen, was ihm beliebt?“

Das Diktat der Entente über das deutsche Proletariat wird dadurch gerechtfertigt. Nur an einer Stelle werden Wiffel und Heinig erlaucht, wenn sie erklären, „bei uns in Deutschland wird nun auf lange Jahre hinaus Schmalhans Rühmenmeister bleiben“. Trotzdem erklären sie, gerade im Interesse der deutschen Arbeiterschaft muß der Plan der Sachverständigenratens angenommen werden. Die Bestimmungen über die Preisobergrenzen der Lebensmittel, die ausdrücklich fordern, daß die Eisenbahn jeder Kontrolle der Regierung entzogen wird, werden von dem sozialdemokratischen Kommentar ins Gegenteil verkehrt. Die deutsche Regierung befindet sich nicht rechtlich, aber doch tatsächlich die Tarifhoheit. Es ist nicht möglich, daß die deutsche Regierung nicht mehr über die deutsche Eisenbahn zu sagen. Gerade die Tarifpolitik der Eisenbahn wird nur durch den Kommissar der Entente bestimmt.

Die Sozialdemokraten versuchen alle möglichen Verordnungsmaßnahmen, um das Sachverständigenratens dem Proletariat schmackhaft zu machen. Viele Arbeiter fallen auch nach den passivistischen Illusionen über die Erlösung durch den Dames-Plan zum Opfer, um so mehr hat jeder einzelne Genosse die Pflicht, überall im Betrieb, auf der Straße, im Hause, unter allen Berufsgruppen, zu zeigen, daß das Sachverständigenratens, das zweifelhafte Ministerialbescheid jährlich aus den Knochen der deutschen Proleten herauspressen will, untragbar ist. Die Massenentfaltung bei der Eisenbahn, die Stilllegung der Salz- und Zementfabrik-Industrie — in Deutschland sollen ja nur die natürlichen Erzeugnisse für den Ausfuhr bearbeitet werden — die Herauslösung der Steuern, werden das Ende des deutschen und internationalen Proletariats nur verschärfen. Der Kampf dagegen kann aber nicht, auf sozialdemokratische Weise durch das Eintreten für die Großindustrie, sondern nur durch den revolutionären Klassenkampf, durch die Aufklärung der Diktatur des Proletariats geführt werden.

## Süßenhüttele

(WZ.) Kattowitz, 18. Juli.

Die Martha-Hütte bei Kattowitz ist heute stillgelegt worden. Die Arbeiter wurden entlassen. In einem Briefchen teilt die Direktion mit, daß sie jetzt nicht legen könne, wenn die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt.

## Der zitiere Kuttner als Berichterstatter im Nordauschuh

„Kreie Wahn dem Täglichkeit!“

Im preußischen Landtag verlas am 17. Juli Genosse Dahlem folgende Protokollfassung der kommunalistischen Fraktion:

Der in der Sitzung 316 vom 30. Mai d. J. beantragte und beschlossene Untersuchungsausschuß hat zu seinem Generalbericht erstattet den sozialdemokratischen Abgeordneten Kuttner gemacht.

Kuttner hat den Arbeiter Eisenbahn in den Januar-Tagen 1919 erschossen. Dies ist durch die Ermennung des Schöffengerichtes Berlin Mitte, Abteilung 147, wie durch das Urteil der Preußischen Justiz bestätigt worden. Das Urteil des Schöffengerichtes lautet:

Nach alle dem hält das Gericht den Beweis durch den Angeklagten für erbracht, daß der Preussentäger in den Berliner Revolutionen einen Parteigenossen ohne zwingenden Grund, also rechtswidrig erschossen hat, und daß der Angeklagte, wenn er dies in einem Ereignis als Tat mit den Worten „ermordet hat“ ausbricht, nichts Unmaßeres behauptet hat.

Die zweite Instanz hat zwar angenommen, daß Kuttner in „Rechtung, Furcht und Schrecken“ gehandelt, mithin gefällig die Verurteilung abgeben sein müße, als er die Tat verübte. Die Instanz hat aber gleichzeitig (in ihrer schriftlich formulierten Auslegung der Worte) mündlich den rechtlichen Sachverhalt hätte genügt, um die Verurteilung zu rechtfertigen.

Dies ergibt sich nicht nur aus dem Urkunde, das auch ein Armeebesuch an sich ausreicht, dem Gefolglichen den Befehl zu unterbinden, sondern auch aus dem Stimmungsprotokoll, der nach dem ersten Schuß bei Eisenbahn zu beobachten war und in der Frage zum Ausdruck kam: „Kuttner, was macht Du?“ Dieser Schuß, wahrheitlich bei Eisenbahn, war also nicht erforderlich im Sinne des § 33 Abs. 2 StGB.

Die kommunalistische Fraktion protestiert vor dem Haus und vor der gesamten Öffentlichkeit gegen die vorliegende Fassung, daß ein Mann, dessen Tat selber zu den ungeliebten Fällen rechne, bei denen der Untersuchungsausschuß das Vergehen der Quittig nachprüfen hätte, eine solche Funktion durch den Ausschuh übertragen erhält.

Sie protestiert gegen die Mitgliedschaft des Kuttner in diesem Ausschuh.

Sie protestiert gegen die Schamlosigkeit der sozialdemokratischen Fraktion, die ausgerechnet Kuttner in diesen Ausschuh delegiert hat. Die kommunalistische Fraktion erklärt, daß die ganzen Arbeiten des Untersuchungsausschusses, wie wenig man sich auch von ihnen versprochen hat, durch die vom Ausschuh selbst geschaffene Tatsache, daß ein Kuttner von ihr als Berichterstatter gemacht wurde, nur vorbereitend auf das Schlußamt diskreditiert und vor der ganzen Welt verächtlich worden sind.

## Severings Untersuchungskommission arbeitet gut

(WZ.) Hannover, 20. Juli.

In dem am Veranlassung des Ministers des Innern von der Staatsanwaltschaft zur Klärung des Verhaltens der hannoverschen Polizei im Falle Haarmann eingeleiteten Untersuchungsausschuß hat sich der Zweck dieser Kommission nicht ergeben. Es ist bekannt, ein förmliches Verhörprotokoll gegen Beamte des Polizeipräsidiums bisher nicht eingeleitet worden. Wegen einzelner in dem Verfahren zugetretener Mafschlichkeiten sind mehrere Beamte bis zur Beendigung des Untersuchungsvorganges vorläufig von der Ausübung des Dienstes entbunden worden.

## Schon?

Die Gerichtsuntersuchung gegen Haarmann eröffnet

(WZ.) Hannover, 20. Juli.

Auf Antrag des Staatsanwaltes ist heute die Voruntersuchung gegen Haarmann und Grans eröffnet. Es richtet sich gegen Haarmann wegen Mordes in 17 Fällen. Weitere 8 Fälle bedürfen noch der polizeilichen Klärung.

## Der Justizmord an dem Genossen Ralisch

Bestimmungen des Untersuchungsausschusses des Württembergischen Landtages

Auf Antrag der kommunalistischen Landtagsfraktion hat der württembergische Landtag einen Untersuchungsausschuß eingesetzt, welcher den Justizmord an dem Genossen Ralisch untersuchen soll. Genosse Ralisch wurde nach einer Sitzigen Untersuchung, fast zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Selbstmann stand trotz er seine Strafe im Januar d. J. an und über unter den fürchterlichsten Qualen Anfang Juni im Württembergischen Gefängnis. Der dortige Gefängnisarzt hatte trotz wiederholter Befragung einer Einzeluntersuchung die Tatergeben abgelehnt und erklärt, daß nur Sektionsarzt eine solche Untersuchung erlauben.

Interessiert ist nun, was der bürgerliche Berichterstatter des Untersuchungsausschusses, Herr Dr. Eißig über den Tod des Genossen Ralisch mitteilt: Die Einzeluntersuchung des Genossen Ralisch sei nicht nur von Mitgliedern der kommunalistischen Landtags-

fraktion, sondern auch von dem Zentrumsabgeordneten in die Hand gegeben worden. Der Gefängnisarztstand in die Hand gegeben.

Bestandigung seiner Antipathie gleichig gemacht. Er ließ seinen Antipathie darüber, daß die Einzeluntersuchung nicht ohne Schuld am Tode des Genossen Ralisch geschah.

Der Landtagsabgeordnete Müller stellte fest, daß die Bestimmung des Genossen Ralisch eine andere geworden sein würde, wenn Ralisch nicht Mitglied der kommunalistischen Partei gewesen wäre. Die Handlungen der Einzeluntersuchung behörden seien ein Ausdruck der Feindschaft gegenüber kommunistischen Arbeitern. Für die Bestimmung ist es bestimmt, daß ausgerechnet die Staatsanwaltschaft ein Organ für die Verpöschung von Unbegünstigten herangezogen werden.

Der Untersuchungsausschuß des württembergischen Landtages hat beschlossen, die Untersuchung an Ort und Stelle weiterzuführen. Die Arbeiterschaft wird sich aber nicht täuschen lassen. Weiter Ende wird der parlamentarische Untersuchungsausschuß nichts weiter als den Schein seiner Willkür machen und das Opfer des Justizmordes weiter unglücklich bleiben. Eine Kräfte hat der anderen kein Auge aus!

## Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold!

In der Zusammenkunft der Zeitung des Reichsbanners wendet sich der Arbeitermörder Kuttner gegen die Diktatvorlesende. Die Sozialdemokratie habe in daran gedacht, Antiriegpropaganda zu machen. Mit stolperndem Berzeln liest man als Deutscher (1) heute noch das Telegramm der Obersten Heeresleitung vom 3. Oktober 1918:

Wir Frontsoldaten, so beschließt sich Kuttner und wendet sich gegen die „Reinigtiger unerschrockener Soldat“, die die Diktatvorlesende verbreiten. Herr Kuttner sollte es nicht mehr nötig haben, seine militärische Einstellung zu bekunden. Die revolutionären Arbeiter glauben ihm gern, daß er kein Kriegsgegner ist.

In derselben Nummer des Reichsbanners wird eine Schilderung eines großdeutschen Volksfestes in Württemberg gegeben, das vom Verein für das Deutschtum im Umstande einem der ältesten Zweigvereine der Arbeiter, veranstaltet worden war. Es ist zu wünschen, daß die würdigen und männlichen Teil der Teilnehmerhaft gestellt zu haben.

Im übrigen wird die alte Kommunistenbege fortgesetzt. „Am Reichsbanner kehrt starke Reizung, den revolutionären Soldatenmännern zu bringen.“ Wenn das nicht eine Aufforderung zum Mord sein soll, so möchten wir gern wissen, was das Reichsbanner sonst damit gemeint hat. Es fällt sich würdig an die Seite der Mörderorganisationen des Landtages.

## Toller beim „8-Uhr-Abendblatt“

Der passivistische Dichter Ernst Toller hat sich nach seiner Entlassung aus der Festungshaft sofort nach dem bürgerlichen „8-Uhr-Abendblatt“ ausgetragen und seinen Namen. Das Internum Tollers fordert sofortige Amnestie für die Teilnehmer an der Räte-

Rebe Unterführung der proletarischen Forderung auf Amnestie in Bayern ist zu begründen. Aber Toller geht in seinen Erklärungen stillschweigend über wichtige Punkte seiner eignen Tätigkeit während der Rätezeit und auch in der Festungshaft hinweg. Toller hat mündlich und schriftlich während der Rätezeit die Kommunisten auf das höchste angezogen, einzelne von ihnen sogar persönlich verurteilt. Es ist unmöglich, wenn Toller sich jetzt so stellt, als habe er stets Lenin und Lenin verteidigt. Toller hat im Gegenteil beide, wie die gesamte kommunistische Partei, gegen ihre angeblichen „überflüssigen Gemalstaten“ angegriffen.

Toller hat dann weiter im Gefängnis seine Polemik gegen die Kommunisten fortgesetzt, gegen die gegen die Gefängnisverwaltung und der Staatsanwaltschaft. Als die Räte regierten, hat er seinen Artikel über die Blauweisse Schmach in Niederbayernfeld veröffentlicht, heissen sich Toller und seine Freunde, im Gefängnis vor dem Staatsanwalt schriftlich zu erklären, daß sie nicht Verfasser des Artikels seien, die angeblichen Unterbreitungen des Artikels haben und mit der Gruppe der kommunistischen Genossen nichts zu tun hätten. Die Folge dieser Erklärung war, daß Toller und seine Anhänger in Genuß mancher Freizeidungen der Festungshaft blieben, während die übrigen, darunter auch Wiffelmann, monatlang über „Reinigtigung“ herabur wurden. Der Staatsanwalt schickte dazu die Erklärungen Tollers in der Öffentlichkeit gegen die württembergischen Genossen.

Toller muß sich erk von seiner eigenen Vergangenheit lösen, wenn er das Recht beanspruchen will, im Namen aller proletarischen Gefangenen Bayerns in der Öffentlichkeit aufzutreten.

## Der „Kronprinz“ beim Berliner holländischen Gesandten

(Eig. Drachm.) Amsterdam, 18. Juli.

Die holländische Sozialdemokratie brachte im Parlament eine Interpellation ein, aus der hervorgeht, daß der Berliner Gesandte der Niederlande mit dem holländischen Kronprinzen intime Beziehungen unterhält. Der „Kronprinz“ wurde u. a. zu einem holländischen Empfang in der Hofkapelle des Königs in Berlin. Die deutschen Behörden wurden es natürlich nicht, daß die Berliner ausländischen Gesandtschaften hier monarchistische Konspirationen leiten.

## Helft den eingekerkerten Brüdern!

Das Zentralkomitee der Rote Hilfe Deutschlands hat mit der

Zentrale der SPD, beschlossen, die

Kampfwache für die Befreiung der politischen Gefangenen und für die Internationale Rote Hilfe zu machen!

Diese Kampfwache soll in der großzügigsten Weise durchgeführt und durch die Herausgabe von Broschüren und reichlichem Propagandamaterial unterstützt werden.

Die Energie und Intensität, mit der sich das revolutionäre Proletariat Deutschlands der proletarischen Opfer des Klassenkampfes in der letzten Zeit angenommen hat und die sich jetzt auch in der kommenden Kampfwache zeigen werden, sind im Interesse der Tausende politischer Gefangener zu begrüßen. Wir möchten aber nicht verschmähen, in diesen Tagen, da die deutschen Arbeiter um die Befreiung ihrer Gefangenen kämpfen und für die Unterführung der Familien der Eingekerkerten sammeln, auf ein wichtiges Moment hinzuweisen:

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Die Aktivität, die Ihr in diesen Sammel- und Kampftagen für die politischen Gefangenen, für die Rote Hilfe entwickelt, und die Sympathien, die Ihr bei allen Gebenden für die Revolution, für den Klassenkampf, wert ist zu binden. Alle diejenigen, die an den Seiten unserer eingekerkerten Bräutern teilhaben wollen, nehmen, sind

für eine deutsche Organisation der Internationalen Rote Hilfe zu gewinnen. Ihr müßt in diesen Tagen darauf hinwirken, daß es nicht nur genügt, wenn einer einmal sein Geschick gibt, sondern

daß sich jeder Arbeiter verpflichten muß, jedes Mitglied unserer Organisation zu werden.

Die Internationale Rote Hilfe hat heute in England bereits zwei Millionen Mitglieder.

In dieser Organisation hat in England alle Sympathisierenden der revolutionären Kampfes und den revolutionären Kern der Partei zusammengefaßt und dienen auf diese Weise der Revolution.

Das muß auch in Deutschland geschehen!

Schlüsserne Anläufe wurden z. B. in Hamburg bereits gemacht. Die nächste Kampfwache vom 18. August muß als wichtiges Ziel die Schaffung von Rote-Hilfe-Organisationen in allen Parteien Deutschlands haben! Nur auf dieser Basis läßt sich eine ausreichende und systematische Verankerung der Revolutionen mit „Roter Hilfe“ garantieren. Neue Kampfe gehen auch dem deutschen Proletariat bevor. Die Schaffung einer Rote-Hilfe-Organisation gehört in den Interessen der Arbeiterklasse des revolutionären Proletariats. Und der Weisse Terror willt heute so heftig, daß er nicht genug Hilfsmittel bereitgestellt werden, auch wenn die ausländischen Kameraden noch so große Unterzungen machen.

Darum: Werbt Mitglieder für die deutsche Organisation der Internationalen Rote Hilfe!

Stellt in Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen Anträge auf kollektiven Beitritt mit jedem Beitrag zur Rote Hilfe!

Erkämpft auch die Freilassung Rote politischer Gefangenen! Seid unermüdetlich in Eurer Arbeit für die Rote Hilfe! Zentralkomitee der Internationalen Rote Hilfe Mitteldeutschisches Bureau.



## Das Urteil gegen die Böllberger Kämpfer

Im Prozeß gegen die 19 proletarischen Kämpfer bei Böllberg ist am Sonnabend, dem 18. Juli, nachts 11 Uhr, nach zweitägiger Verhandlung das Urteil gefällt worden. Von den Angeklagten werden zurzeit wegen Aufruhr: Jahn zu 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis, Müller, der im Besitz einer Eierhandgranate gewesen ist, zu 1 Jahr Gefängnis, Schöber zu 8 Monaten, Ehrlich, Kunze Scheibe zu je 7 Monaten, Weismann, Berndt, Büßemann, Seibold und Heller zu je 6 Monaten Gefängnis. Zwei Angeklagte, Schulz und Heber, wurden freigesprochen, die übrigen wurden zu Geldstrafen verurteilt.

In der Begründung teilt der Vorsitzende mit: „Das Gericht hat sich mit der Frage beschäftigt, ob der Deutsche Tag in Halle eine republikanische Kundgebung gewesen ist, oder ob er überhaupt etwas Verwerfliches gewesen ist. Das ist nach Ansicht des Gerichtes festgestellt. Nicht gleichgültig ist die Ansicht, die die Angeklagten gehabt haben. Sie haben die Einstellung gehabt, das geht in der Hauptsache gegen uns. Unsere Bestrebungen sollen auf diese Weise verhindert und unterbunden werden, und deshalb müßten wir dagegen vorgehen, um unsere politischen Ideale zu verwirklichen. Das ist strafbar. Strafbefreiend ist, daß der Zusammenstoß zu großen Unannehmlichkeiten geführt hat, viel Unglück ist über pflicht-treue Beamte herbeigeführt worden, die zum Teil noch jetzt schwer verwundet sind. Andererseits aber haben wir es hier in der Hauptsache mit Mitläufern zu tun. Es geht dem Gericht gegen den Strich, immer Leute zurteilen zu müssen, die für die Tat nicht verantwortlich sind.“

Die Urteilsbegründung bemerkt nur allzu deutlich, daß bei der deutschen Antis mit zweierlei Maß gemessen wird. Aus dem ganzen Gang der Verhandlungen hat sich ergeben, daß die monarchistisch-patriotischen Verbände und die Polizeiorbane der Republik gemeinsam gegen die Arbeitererschaft vorgegangen sind, und das Gericht erklärt näher, es sei ihm gleichgültig, ob der Deutsche Tag überhaupt etwas Verwerfliches gewesen ist. Wir werden auf die Auswirkungen dieses Prozesses noch zurückkommen.

### 2. Verhandlungstag

Auf der ersten Bank bei den Schupoleuten sitzt Herr Polizeipräsident Kunze.

Er wurde bei seinem Eintritt ehrfurchtig begrüßt und verfolgt mit großer Genugtuung die Verhandlung.

Der Gerichtsarzt Prof. Dr. Stever ist ein Gutachter über den Gesundheitszustand des Angeklagten Weismann. Er kann nicht feststellen, Weismanns Wille entspricht aber physischer Art und behauptet, daß Weismann imstande ist, seine Aussage zu machen, wie er die Dinge erlebt hat. Trotzdem muß er zugeben, daß Weismann als psychopathisch gilt und außerordentlich leicht beeinflussbar ist.

Zwei Oberlandjäger sagen aus, daß sie den Zug beobachtet hätten, daß sie aber keine Führer bemerkt hätten. Der Vorsitzende fragt den Oberlandjäger Herzog um Vorklärung, ob er die Zug in der Abteilung oder Kompagnie markiert sei, Herzog bekennt dies.

Die Zeugin Schmidt berichtet, daß in ihrem Restaurant 30 bis 40 Sanitäter übernachtet haben. Es waren zwei Kerle dabei. Als man am nächsten Morgen nach Halle hinaus wollte, hatte die Schupo abgeblockt. Die Sanitäter wurden infolgebehalten nach der Richtung Böllberg zurückgebracht.

Nun folgt die Vernehmung der Magdeburger Schupo. Oberleutnant Stille erzählt in aggressivem militärischen Kriegsberichtscharakter seine Erlebnisse. Er hatte den Befehl, Leute, die die Denkmäler zerstören wollten, nicht nach Halle hereinzulassen. Als verschiedene Arbeiter an ihn herantreten, und ihm irgendwelche Gründe angeben, aus denen sie nach Halle wollten, ließ er sie nicht durch. Er behauptete, es seien faule Menschen.

Eine Abteilung Stahlhelm kam in geschlossenem Zuge. Er ließ sie durch seine Mannschaften begleiten, und sie zogen in die Stadt. Wir hatten Handgranaten und ein schweres M.G. nachbekommen. Ich hatte die Befehle, um zu verhindern, daß Leute ausbrechen konnten, die über die Mauer hinweg sich dinnamachen wollten. Ich ließ Sanitätstruppen, zwei Tragen mit zwei Mäddchen und die berühmte Fahne mit dem roten Kreuz. Das ist immer auffällig gewesen. Ich habe mehrere solcher Sachen mitgemacht.

Rechtsanwalt Genoffe Barabasz: Sie hatten den Auftrag, niemand durchzulassen. Bezog sich das bloß auf die Jäger, die zum Arbeitertag wollten, oder auch auf die vaterländischen Verbände, die zum Deutschen Tag wollten.

Stille: Das ist ja von vornherein klar, daß die vaterländischen Verbände, die in geschlossenem Zug zur Stadtgrenze marschieren wollten, hereinkommen werden sollten, aber der andere Zug muß so gesehen war, daß sie nur nach Halle kamen, um die Sache zu hören, sollte verhindert werden, und ich auch verhindert worden.

Verteidiger: Woran erkannten Sie denn, daß sie hören wollten?

Stille: Die hatten alle so dumme Ausreden.

Verteidiger: War Ihnen bekannt, daß die Versammlung im „Volkspark“ selbst gefasst war?

Stille: Ja.

Verteidiger: Wenn die Arbeiter aber durchwollten, hatten Sie die Pflicht, sie durchzulassen.

Stille: Die haben ja andere Sachen vorgehabt.

Verteidiger: Welches Merkmal hatten Sie denn?

Der Vorsitzende unterbricht: „Herr Verteidiger, Sie verwechseln die Situation, sonst würden Sie diese Frage nicht stellen.“

Oberleutnant Grothe, 29 Jahre, verhindert, daß die Kommunisten nach Halle gehen konnten. Er gibt eine Darstellung der Schießerei. Wer den ersten Schuß abgegeben hat, weiß er nicht. Seine Beamten sagten, er sei von kommunistischer Seite gefallen. Der verwundete Schupoadmiral Gade aus Magdeburg gibt an, daß er Jahn als den wiedererkennend, der ihn, als er verumdet am Boden lag, geschlagen hat. Der Verteidiger fragt, ob er ihn an dem Scheiterhaufen wiedererkenne. Der Zeuge bejaht dies. Darauf wird ihm gesagt, daß Jahn die Koteletts hamms nach der Hand nicht getragen habe. Hierauf muß der Zeuge zugeben, daß er sich geirrt haben kann.

Wertwüdig ist, daß alle Schupoleute, die vernommen werden, ihre Aussage laut wörtlich machen. Sie beginnen alle: „Wir hatten den Befehl, die Straße zu säubern.“ Nur wenn der Vorsitzende etwas nachhaken fragt, können sie eine vom allgemeinen Schema abweichende Antwort. Ein besonderes Exemplar ist der Schupoadmiral Rixe aus Magdeburg. In seiner Stimme allein ist ein unbändiger Haß gegen die Arbeitererschaft ausgebrochen, so daß man weiß, was man von der Neutralität der republikanischen Schupo zu halten hat. „Es kamen tatsächlich diese Kommunisten im großen Zug anmarschierend. Das ging alles bisshin, wir wussten gar nicht, was es für eine Veranstaltung war, bis wir diese Kommunisten, jedenfalls die Führer oder sonst dergleichen, und riefen: Scheiß doch, Ihr feigen Hunde. Es war daraus klar, daß ein Kampf gegen uns vorbereitet war, durch die Zurufe dieser Menschen dort. Von einem Haus kamen Kommunisten geflücht. Wir konnten daraus schließen, das es heißt: Hier gibt es Kampf. Wir gingen zurück bis an die erste Ecke, dann bliesen wir nach diesem Plan. Die Führer der Kommunisten machten sich nach hinten, und diese forderten ihre Menschen auf, nicht zurückzuweichen. Mithin ließ ich einen Schuß nach der linken Ecke, gleichzeitig kam der Ruf: Hoch lebe Mostau! oder sonst dergleichen. Wir machten, lo auf es ging, von unserem Karabiner Gebrauch. Ich konnte nur einen Schuß abgeben. Die Leute hatten schreiend Mut gefaßt. Sie gingen weiter

vor. Meine Pistole verlor, um mich zu retten, warf ich mit ihr.“ Er behauptet, den Angeklagten Berndt neben einem Mann mit Sowjet-Koppel gesehen zu haben, den er wiederholt als

### Sowjet-Koppel

bezeichnet. Seine Pistole hat er nachher zurückgefunden, es war kein Schuß daraus abgegeben worden, sie wurde von der Schupo selbst wieder entladen.

Die Vernehmung der Zeugin Hale bringt ein Rätsel. In den Akten hatte gestanden, als Jahn in ihre Wohnung kam, habe er gesagt: „Ich habe nur zwei Schuß aus der Pistole abgegeben.“ Jetzt bekennen die Zeugen entgegen, daß Jahn dies gesagt habe. Frau Hale will den Zeugnissen nicht lauschen, sie macht einen außerordentlich



Der hat am 11. Mai das Kaiserhoch angebracht!

Für den hat Sozialdemokrat Ruge 4 Arbeiter niederknallen lassen!

Für den wurden Sonnabend von dem demokratischen Richter Coulmann Arbeiter auf Jahre ins Gefängnis gesteckt!

Arbeiter, denkt daran!

Ich verfluchte Einbruch gibt aber an, die Wahrheit zu sagen. Hale ist Stahlhelmann und ein Zeuge Franke, der bei Hale in der Wohnung war, ist auch Stahlhelmann. Trotz der Stimmungsgabe gelang es nicht, Verleumdungen auszusagen. Sie bezweifelten übereinstimmend den Angeklagten Schulz als vollkommen unschuldig, er habe sich während der ganzen Zeit vor der Schießerei und aus der der Schießerei in ihrem Hause aufgehalten. Als letzter Zeuge wird der Schupoadmiral Seibold in der Vernehmung der verumdet im Elisabeth-Krankenhaus liegt. Es findet dort ein Postamt statt, Bredelwörter glaubt, in Jahn denjenigen wiederzuerkennen, der ihn geschlagen hat.

### Bländer des Staatsanwalts:

Der Arbeitertag ist von vornherein nicht als eine ruhige Veranstaltung geplant gewesen. Ich halte es für erwiesen, daß er nicht friedlicher Propaganda, sondern der Verhinderung der Einweihungsfeier dienen sollte. Man braucht sich nur einmal die Preisliste anzusehen, daraus ergibt sich deutlich, daß eine geistliche Einweihung geplant war. Es wurde auch ein großes Waffenlager gefunden bei einem Mitglied der kommunistischen Partei. Es war dort deportiert worden, um gegebenenfalls gebraucht zu werden. Ein weiteres Merkmal sind die Richtlinien für die Dröner. Es bestand ein vollkommener Nachrichtenverkehr. Das Benehmen des Juges in Brudersprache für den militärischen Charakter. Das große in Böllberg ein Mann gefangen war, ergibt sich aus der Anwesenheit der Sanitäter. Der Polizeioffizier, der schon solche Unruhen mitgemacht hat, sagt, immer, wo die sich aufhalten, wird etwas geplant. Von Böllberg aus konnte man die Waldendorfer Weisen jüngerdingen und es hätte dort eine Panik ausbrechen können.

Sämtliche Teilnehmer des Zuges werden des Aufruhrs in Tat und Wort mit Sonderverurteilung bedroht. Er beantragt, Lenz und Heber freizulassen, für die anderen Angeklagten zum Teil sechs Monate, zum Teil neun Monate Gefängnis, für Müller ein Jahr drei Monate Gefängnis und für Jahn drei Jahre Zuchthaus.

### Rechtsanwalt Genoffe Barabasz:

Neuerlich steht hier zur Anlage der Aufmerksamkeit der Kommunistischen Partei gegenüber der Veranstaltung der vaterländischen Verbände, dem Deutschen Tag. Wenn wir die Dinge betrachten, die sich um diesen Deutschen Tag herumgruppierten, so müßten wir logisch, daß er hier um einen einheitlichen politischen Zweck zu sein. Die Entladung der Bewegung innerhalb der deutschen Arbeiterschaft seit dem Auftreten der vaterländischen Verbände hat uns gezeigt, daß diese vaterländischen Verbände in einer scharfen Anfristung gegen das Proletariat gestanden haben. Sie haben von vornherein politisch sich eingestellt gegen die Arbeiterschaft und haben von ihrer Einstellung nicht den geringsten Schritt gemacht. Der Deutsche Tag sollte tatsächlich der Höhepunkt sein in dem nationalen Angriff gegen die Arbeiterschaft. Es ist dies auch in der völkischen Presse klar zum Ausdruck gebracht. Wenn wir beurteilen wollen, von welcher Seite die Provokation ausgegangen ist, müßten wir uns darüber klar werden, daß einmal die vaterländischen Verbände hier ganz isoliert vorgegangen sind, um einen Zerstoß gegen die Arbeiterschaft und die Republik anzurichten. Ich kann mich hier auf eine völlig neutrale Meinung beziehen, auf das preussische Staatsministerium, das aus einer Koalition von Deutscher Volkspartei bis Sozialdemokratie zusammengesetzt ist. Am 17. Mai, nach dem Deutschen Tage, hat das preussische Staatsministerium eine allgemeine Kundgebung erteilt, in der es heißt, daß solche Veranstaltungen wie der Deutsche Tag eine Gefahr seien.

Was hier in durchaus objektiver Weise von den bürgerlichen Parteien festgestellt worden ist, müßten wir zur Grundlage unserer Gesamtmeinung machen. Daß die Provokation von den Stahlhelmsverbänden ausgegangen ist und in bestimmter Weise das Proletariat angeht werden sollte, daß der Kampf zwischen Kapital und einseitigem Stahlhelm schon vorher abgemessen worden sollte, ist klar. Die vaterländischen Verbände glauben gerade in Halle, das bekanntlich eines der stärksten Zentren der deutschen Arbeiterbewegung ist, den Versuch machen zu müssen, mit aller Gewalt den Kampf gegen die Arbeiterschaft in den Mittelpunkt vorzuschieben, und daß es ihnen daran lag, den Kampf hier zum Ausbruch zu bringen. Die Angeklagten hat ja bei ihnen zum Ausdruck gebracht, denn er sagte, die Folgerungen waren nicht mit Strohhalm bemessen.

Man würde, daß die Stahlhelmsverbände ihrerseits die Arbeiterschaft provozieren werde und in jeder Weise versuchen, gegen die Arbeiterschaft vorzugehen. Trotzdem wollte man den Stahlhelmsverbänden in einer friedlichen Demonstration zeigen, daß das Proletariat noch da ist, und daß es sich nicht durch die Stahlhelmsverbände terrorisieren zu lassen brauche. Die Verbände ihren Aufmarsch gegen die Arbeiterschaft in ihrer Offensivität vollziehen konnten, sollte den Arbeitern Möglichkeit geben, dagegen zu protestieren. Wir haben gehört, daß in Betriebsversammlungen Delegationen gewählt worden sind. Die kommunistische Partei hat aufgefordert, daß die Arbeiter in die Gruppe marschieren sollten. Das wurde von den Arbeitern nicht angenommen, auf das Verbot der geschlossenen Umzüge gelangt. Das ist aber gefastet gewesen. Es war nicht verboten der Anmarsch der Arbeitermassen nach Halle, genau so wie der Anmarsch der Stahlhelmsleute gestattet war. Ich muß von einem Umzug der Arbeiterschaft nicht die Rede. Die Versammlung im „Volkspark“ war gefastet, lese Truppen, in denen die Jäger kamen, waren gestattet. Sie durften nicht gegen die Arbeiter nach ihrem eigenen Ermessen verhindert werden. Und die Konfrontation des Herrn Regierungsrat Dreifach würde wohl auch gegenüber den Kommunisten angebracht sein, wenn man sagt, daß eine gewisse Ordnung in einem Zuge besser wäre, als wenn lese Truppen marschieren. Von dem Polizeipräsidenten war die Befehmung erteilt worden, der kommunistische Zug ist zu verhindern. Die Polizei hat von vornherein mit zweierlei Maß gemessen und gezeigt, daß sie es auf einen Zusammenstoß der Arbeiterschaft ankommen lassen wollte. Sie hatte keine Veranlassung daran zu zweifeln, daß der Arbeitertag gefastet war.

Das ganze brutale Auftreten der Schupo gegenüber den Kommunisten, die ganze Vernehmung der Schupo beiseite die Aussagen des Zeugen Ruge, der wiederholt von einem Sowjetler gesprochen hat, ohne von dem Vorsitzenden dafür gerügt zu werden.

Vorsitzender: Das ist nicht wahr, er hat nicht Sowjetler gesagt.

Gen. Barabasz: Er hat wiederholt Sowjetler gesagt. Aber ich will zeigen, den Ausdruck nicht gebraucht haben sollte, zeigt keine Art, wie er aufgetreten ist, die Vernehmung, die in den Akten der Schupo gegen die Arbeiterschaft befehrt. Wir können ohne weiteres annehmen, hätte die Polizei nicht den Zugang verhindert, so wären die Kommunisten nach Halle gezogen und es wäre nichts geblieben. Die geschlossenen Züge der Stahlhelmsleute hat man ungeschändert durchgelassen.

Von dem Sozialdemokraten Waentig und Demokraten Scheibler ist selbst behauptet worden, daß die Polizei mit zweierlei Maß gemessen habe, das hat sich aus erwiesen. Es ist nicht Schuld der Arbeiterschaft, sondern Schuld der Polizei, daß es hier zum Zusammenstoß gekommen ist. Die Polizei hat sich nicht an die Anordnungen gehalten. Das muß hier noch einmal festgestellt werden.

Als man fragte, warum nicht gegen die vaterländischen Verbände eingeschritten wurde, erklärte man, die Übermacht war zu groß.

Und was hat man getan in Böllberg? Da war die Übermacht noch nicht so groß.

Da hat man von der Waffe in scharfster Weise Gebrauch gemacht. Dadurch ist es zu diesem Zusammenstoß gekommen, obgleich man weiß, daß der Arbeitertag nicht verboten und der Zugang gestattet war. Ich glaube, daß hiermit auch die Rechtfertigung gegeben ist und daß überhaupt nicht die Rede sein kann, daß sämtliche Angeklagte, die hierhergekommen sind, es um einen blutigen Zusammenstoß ankommen lassen wollten. Niemand mehr als die Arbeiterschaft bezaubert es, daß es zu diesem Zusammenstoß gekommen ist, aber die Arbeiterschaft konnte nicht annehmen, daß von der republikanischen Polizei, besonders gegen diejenigen, die zwar nicht aus Überzeugung für die Demokratie, aber weil sie die Republik für das kleinere Übel gegenüber der Monarchie betrachteten, hierhergekommen waren, daß diesen besondere Schwierigkeiten gemacht worden sind. Gegen die Rechtsdemokraten, die gegen den Erlass des Polizeipräsidenten verstoßen haben, ist niemand vorgegangen. Von dieser Einstellung muß man ausgehen, um die Lage zu beurteilen. Die Einstellung der Polizei gegenüber den Kommunisten trägt zur Keimbildung erheblich bei.

Zum Schluß: An und für sich bildet der gesamte Deutsche Tag eine Provokation der Arbeiterschaft. Es sollte bewacht ein Druck auf sie ausgeübt werden. Es sollten benutzt von der Straße gebracht werden. Es sollte ein Versuch gemacht werden, die Arbeiterschaft für die militärischen Verbände. Es dürfte wohl den Angehörigen des Gerichtes klar sein, daß der militärische Aufmarsch, die Einstellung der Stahlhelmsverbände gegen die Arbeiterschaft gegen diese Staatsform gerichtet ist. Es dürfte auch bekannt sein die Einstellung an dem Tage selbst, das Kaiserhoch, der Wunsch nach dem





# Massen, heraus!

Überall im Reiche und in der ganzen Welt finden in diesen Tagen große Massenversammlungen aller derer statt, die unter den Folgen des Kübberplanes der deutschen und internationalen Kapitalisten zu leiden haben werden. Überall versuchen die Kommunisten einen solchen Sturm der Entrüstung unter den Massen zu entfachen, daß der Bourgeoisie die Angst in die Knochen fährt.

In dieser Woche finden in unserem Bezirk ebenfalls eine große Anzahl von Massenversammlungen statt, mit der Tagesordnung:

## „Der Kampf gegen die Sachverständigenpläne.“

Das gesamte Proletariat des Bezirks Halle-Merseburg, die Massen der Kleinbürger, der verelendeten Mittelschichten, der Beamten und Angestellten müssen sich in diesen großen Massenversammlungen zusammenfinden.

Wir Kommunisten warnen Euch! Hört, was wir Kommunisten Euch zu sagen haben.

KPD, Bezirk Halle-Merseburg.

### Versammlungsplan:

**Kreis Weiskensels**  
Weiskensels: Donnerstag, 24. Juli, abends 8 Uhr, im „Volkshaus“.  
Tagewerben: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, im Galkhof „Zum Eiskamm“.

**Kreis Delitzsch**  
Glesien: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, im Galkhof Naue.  
Kadefeld: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, im Galkhof.  
Johann: Donnerstag, 24. Juli, abends 8 Uhr, im Galkhof.  
Craßig: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, Galkhof Haderland.

**Mansfelder Seckreis**  
Nisleben: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, Lokal Bismarck.  
Gersfeld: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, im „Goldenen Ring“.  
Selbra: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, im „Kronprinz“.  
Unter-Epplerstedt: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, im Galkhof.

**Kreisfeld**  
Crisfeld: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, im „Kaiserhof“.  
Volkstedt: Donnerstag, 24. Juli, abends 8 Uhr, bei Deutsch.  
Großschmied: Donnerstag, 25. Juli, abends 8 Uhr, im Galkhof.  
Wolfsrode: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal „Zur Linde“.  
Helfta: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, bei Trebbin.  
Stieden: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal Krainert.

**Mansfelder Gebirgskreis**  
Heißfeld: Großröner: Mittwoch, 23. Juli, abends 8 Uhr, im Galkhof.  
**Kreis Wittenberg**  
Strehna: Dienstag, 22. Juli, abends 8 Uhr.  
Grünhainichen: Dienstag, 22. Juli, abends 8 Uhr.  
Gersdorf: Mittwoch, 23. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal Schmidt.  
Hatzmühle: Mittwoch, 23. Juli, abends 8 Uhr.  
Johann: Donnerstag, 24. Juli, abends 8 Uhr, im „Kolonienhof“.  
Kamiet: Donnerstag, 24. Juli, abends 8 Uhr.  
Kamin: Donnerstag, 24. Juli, abends 8 Uhr, im Galkhof.  
Witten: Donnerstag, 24. Juli, abends 8 Uhr, Galkhof Kringling.  
Wittenfeld: Donnerstag, 24. Juli, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten“.  
Crina: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr.  
Gröben: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr.  
Friedersdorf: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr.  
Fahlsheim: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr.  
Fischerndorf: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr.  
Groß-Mühlau: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr.  
Schwemmla: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr.  
Zörbig: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr.

**Kreis Wittenberg**  
Wittenberg: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal Greundenberg.

Pfeifferich: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus“.  
Kamberg: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, „Reintraube“.  
Bad Schmiedeberg: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus“.

**Saalkreis**  
Döbau-Lieskau: Dienstag, 22. Juli, abends 8 Uhr, im Döbau im Lokal „Döbauer Felde“.  
Gutenberg: Dienstag, 22. Juli, abends 8 Uhr, im Galkhof „Bertram“.  
Hohenthurm: Dienstag, 22. Juli, abends 8 Uhr.  
Weisenauflingen: Mittwoch, 23. Juli, abends 8 Uhr.  
Seeben: Mittwoch, 23. Juli, abends 8 Uhr, im Galkhof „Galer“.  
Palsendorf: Mittwoch, 23. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal „Drei Eichen“.  
Söblich: Donnerstag, 24. Juli, abends 8 Uhr.  
Diemitz: Donnerstag, 24. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal „Gesellschaftshaus“.  
Nietleben: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal „Zur Sonne“.  
Vettin: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal „Erholung“.  
Brandorf: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal „Große“.  
Landsberg: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal „Goldener Bär“.  
Wettin: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal „Kleiner Schweizerling“.  
Gröben: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, im Galkhof.  
Draun: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, im Galkhof.  
Fraschitz: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, im Galkhof.  
Wühlitz: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal „Wane“.  
Kamendorf: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal „Krieger“.  
Kamendorf: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal „Wille“.

**Kreis Naumburg**  
Salzgitter: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, „Zur Rose“.  
Bad Kösen: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, „Zur Lanne“.  
Wethau: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, „Deutsches Haus“.  
Wolmirstedt: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, im Galkhof.  
Aebra: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus“.  
Aucha: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus“.  
Kohleben: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, bei Berger.

**Kreis Viehewerda**  
Esterwerda: Dienstag, 22. Juli, abends 8 Uhr, im Vereinshaus, große öffentliche Volksversammlung für die Drie Esterwerda, Wehra, Kraußhüß, Köstlich.  
Pröden: Mittwoch, 23. Juli, abends 8 Uhr, Galkhof Conrad, große öffentliche Volksversammlung für die Drie Pröden, Weinsberg, Stolzenhain, Metzger-Senfermühl, Erden.  
Wolitz: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal Richter, für die Drie Wolitz, Grünwalde, Kleinsteißlich.  
Mühlberg: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr.  
Uebigau: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, im „Katseller“.

**Kreis Torgau**  
Torgau: Donnerstag, 24. Juli, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten“.  
Dommitzsch: Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr, in der „Konzert-halle“.  
Weigern: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, im „Trompeter-schützenhaus“.  
Naundorf: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, im Galkhof Müller.  
Daußichen: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, im Galkhof.

**Kreis Zeitz**  
Zeitz: Sonnabend, 26. Juli, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus“.

### Das Severing-Parlament deckt die Severing-Polizei-Nachträge zum Landtag

Man hat es eilig im Preussischen Landtag, man galoppiert. In etwa 23 Minuten erledigt man 23 Punkte. Die häufig wiederholten Forderungen der Kommunisten auf Beratung der unerduldeten Polizeiverordnungen, der Haarmann-Wäffere, des Döllinger-Polizeigesetzes, des „patriotischen“ Denunzations- und Kommunitäten- und Militärpflichtigkeits- und Nachbarn-der energische Protest gegen die Beratung von all diesem wird von der Partei des Severing-Parlamentes ignoriert.

Zu Anfang der Sitzung erklärt Gen. Severing: In letzter Zeit sind Mitglieder meiner Partei von Kriminalbeamten unter falschen Vorwänden in uns unbefugte Gebiete geschickt, monatelang verhaftet und schließlich verurteilt worden auf Grund von Unschuldigkeitsurteilen, die im höchsten Grade keine Geltung haben. Wir protestieren gegen diese frechen Rechtsbrüche preussischer Justiz- und Polizeibehörden, wir protestieren gegen diese Verurteilungen, verlangen sofortige Amnestie und Erstattung der Kosten.

Auf der Tagesordnung steht u. a. die Beamtenbesetzung. Das Haus beschließt im Geheimen, an die Regierung das nötige nachliegende Gesetzen zu stellen, das, halbwegs eine Sicherung der Besetzungsgesetze vorgenommen wird.

Die kommunalistische Fraktion fordert eine neue Sitzung, in der die Unterdrückung der kommunalistischen Presse- und preussischen Polizeifunktion auf der Tagesordnung stehen sollen. Die kommunalistischen Anträge werden nacheinander durch die bürgerlich-republikanische Fraktion niedergestimmt. Gegen die kommunalistischen Forderungen, daß der Verfall auf die russische Handelsvertretung und ferner der Haarmann-Schanda! samt den dem Hennerischen Polizeipräsidium ausgesetzten Beschimpfungen der Bevölkerung zur Sprache kommen sollen.

Gen. Dahlem fordert darauf, daß die Große Anfrage an den Reichstag in Kommissionsverfahren behandelt wird. Nachdem das Ministerium wegen der verfahrensmäßigsten Fallzeit worden ist, ist ein neues Kommissariat, sind neue einschlägige Urteile gegen revolutionäre Arbeiter zu erwarten, wobei wiederum die Tüchtigkeit der französischen Generale auf die Auslieferung und Denunzationsfähigkeit der preussischen Polizei liegen wird. Die Haltung des Hauses wird ein Prüfstein sein für die Verfassungen, daß man sich für die Besondere der beschriebenen Gesetze einsehen werde.

Nach dieser Antrag wird von der sozialdemokratischen-bürgerlichen Einheitsfront abgelehnt.

Darauf verlangt Gen. Severing eine neue Parlamentsberatung für künftigen Donnerstag, in der die Hausinspektoren, ferner der

Polizeifunktion, die Presseberichte und der Ueberfall auf die Sozial-Verwaltung behandelt werden sollen. Die Sozialdemokraten hätten für heute schon eine Sitzung erzwingen können, wenn sie auch nur einem einzigen der kommunalistischen Anträge zugestimmt hätten.

Gen. Döllinger charakterisiert die von den Deutschnationalen und den Reaktionspartien gespielte Komödie.

Eberbach (DnL) will darauf den Sozialdemokraten entgegenkommen und schlägt gleichfalls für nächsten Donnerstag die Beratung der Hausinspektoren vor.

Bei der darauf folgenden Abstimmung stimmen die Deutschnationalen gegen diesen eigenen Antrag. — Die knappe Mehrheit der Deutschnationalen, der Sozialisten und des Zentrum verweigert unter Wäffere der Kommunisten die Einberufung einer Sitzung für nächsten Donnerstag.

Es geht das Severing-Parlament in die Ferien, nachdem es Tag für Tag jede Verprechung der Haarmann-Wäffere, der in Düsseldorf gerichtsnotariell festgestellten Polizeifunktion usw. ignoriert abgewürgt hat.

### Die „Deutsche Zeitung“ als Zäzherin

In der Nummer vom 10. Juli bringt die „Deutsche Zeitung“ einen Artikel mit der Ueberschrift: „Die militärische Organisation der proletarischen Hundstafeln“. Der angeblich unserem Bruderkreis, der „Bergischen Volkstimme“, entnommen sein soll. Dieser Artikel ist eine unerschämte Fälschung der „Deutschen Zeitung“. Sie stellt einen angeblichen Organisationsplan der proletarischen Hundstafeln und die Schöpfung einer Solldarstellung — hier beginnt erst der Artikel der „Volkstimme“ — des unbesetzten Gebietes, die an den Infanteriestellen die folgenden Zeichen internationaler Solidarität von den französischen Soldaten entgegengenommen.

Der Sinn der Fälschung ist klar. Die „Deutsche Zeitung“ will den proletarischen Hundstafeln unterstellen, daß sie gemeinsame Sache mit den französischen Militär machen. Sie tritt sich nicht die deutschen Arbeiter entgegen, sondern die französischen Soldaten, die den internationalen Solidarität zwischen deutschen Proleten und französischen Proleten im Wasserfesseln wir nicht. Wir sind stolz darauf, daß die Ausgeborenen und Unter-

drüden beider Länder gemeinsam miteinander kämpfen wollen gegen die „Deutsche Zeitung“ auf der einen und den französischen Kapitalistenklub auf der anderen Seite des Rheins.

### Eine neue Denkmalsprengung

Vor einigen Tagen war das Denkmal der vier von Proleten getöteten Arbeiter in der Nähe von Zeitz ein neues Denkmal der Proletenregimentes Prinz Albrecht von Preußen in die Luft gesprengt worden.

### Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold legt Orden mit Ehrenzeichen an

Am Donnerstag, dem 10. Juli, sprach in einer Sternberger SPD-Mitgliederversammlung der latium bekannte Oberpräsident Höpfer über Ziele und Aufgaben des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Er machte den Vorschlag, bei alljährlichen republikanischen Versammlungen die militärischen Verdienstmedaillen zu tragen, um den Völkern zu zeigen, daß auch die Arbeiterklasse sich Verdienste um das Vaterland erlangen hätte.

### Reinfall der Hildener Stadtverwaltung

Die Hildener Stadtverwaltung hatte, gestützt auf die Ausbeuterparteien, die Wahl der Beigeordneten unter Ausschaltung der Kommunisten vorgenommen und die gesamte kommunalistische Fraktion, als sie sich dagegen verweigerte, durch Polizei herbeigeführt. Die Wahl wurde die in Abwesenheit der Kommunisten vorgenommen. Wahl für ungültig erklärt, so daß die Aktion der Ausbeuterparteien mißglückt ist.

### Die Eröffnung der landwirtschaftlichen Bank der Sowjetunion

Am 8. Juli wurde in Moskau die landwirtschaftliche Zentralbank der Sowjetunion eröffnet. Die landwirtschaftliche Bank wird in erster Linie den Notleidenden und armen Bauern billige Kredite zu Produktionszwecken eröffnen. Die Kredite werden vor allem Produktionsgenossenschaften gewährt, wodurch die Kooperation im Dorfe wesentlich gefördert wird. Die neue Bank beginnt ihre Tätigkeit mit einem Kapital von 20 Millionen Rubel, das bis zum 1. Januar 1925 auf 80 Millionen Rubel erhöht werden soll. Die landwirtschaftliche Zentralbank beginnt ihre Tätigkeit mit der Unterstützung der Bauernschaft in den von der Dürre heimgegriffenen Gebieten. Für diesen Zweck wurden 4½ Millionen Rubel bestimmt, wovon eine Million sofort zur Verfügung gestellt wurde.